

034/2005

Stuttgart, den 03.02.2005

Grüne gegen schwarzen Ruß

Boris Palmer: Land muss Förderung des Rußfilters mittragen

Nach den jüngsten ökologischen Anwandlungen von Umwelt- und Verkehrsminister Mappus in Sachen Besteuerung des Flug- und Bahnverkehrs sieht der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag jetzt einen Testfall für Mappus' neue Einsichten gekommen. Palmer: „Die von der Bundesregierung beschlossene steuerliche Förderung des Rußfilters für Diesel-PKW ist auf die Zustimmung der Länder angewiesen. Jetzt wird sich zeigen, ob Minister Mappus nur schöne Reden hält oder im Ernstfall auch die Hand für den Umweltschutz im Bundesrat erhebt.“

Der gestern zwischen SPD und Grünen ausgehandelte Kompromiss sieht eine ab Januar 2005 rückwirkend geltende Steuerermäßigung für Fahrzeuge mit Dieselrußfiltern in Höhe von 350 Euro für Neuwagen und 250 Euro für die Nachrüstung von Altfahrzeugen vor.

Da die Einnahmen aus der KFZ-Steuer den Ländern zustehen, ist die vorgesehene Förderung des Rußfilters im Bundesrat zustimmungspflichtig. Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums führt dies zu Steuerausfällen von insgesamt 1,5 Milliarden Euro bis 2008. Palmer weist jedoch darauf hin, dass dem Mehreinnahmen durch die gegenüber Benzinern höhere KFZ-Steuer von Diesel-Fahrzeugen gegenüberstehen (so genannter Mineralölsteuerausgleich). Setzt sich die „Verdieselung“ der Fahrzeugflotte wie erwartet fort, können die Länder bis 2007 Mehreinnahmen von insgesamt 1 Milliarde Euro

erwarten. Schon im Jahr 2008 würden die Mehreinnahmen mit insgesamt 1,6 Milliarden Euro die Ausfälle durch die Förderung des Rußfilters übertreffen.

Aus Sicht der Länder führt die Förderung des Rußfilters demnach zu gewissen Einnahmeverlusten in der Anlaufphase, die jedoch schon nach drei Jahren mehr als ausgeglichen werden. Palmer: „Es gibt keine finanziellen Ausreden für die Länder. Wer ernsthaft an der steuerlichen Förderung der Filtertechnologie interessiert ist, darf jetzt keine weiteren Forderungen an die Bundesregierung stellen.“

Für die Grünen im Landtag ist die Förderung der Rußfiltertechnologie längst überfällig. Baden-Württemberg müsse daran sogar ein besonderes Interesse haben, weil mit Bosch und Eberspächer die größten Produzenten der Filter im Land sitzen und viele neue Arbeitsplätze entstehen können. „Als Automobilstandort sind wir auf eine Spitzenstellung bei der Umwelttechnik angewiesen, sonst wird die Region Stuttgart zu einem zweiten Ruhrgebiet.“ Zudem seien die gravierenden Probleme mit der Luftreinhaltung in den Ballungsräumen des Landes ohne Rußfilter nicht zu lösen. Palmer: „Rußfilter sind die vernünftige Alternative zu undifferenzierten Fahrverboten in den Städten.“

Aus diesen Gründen hat die Landtagsfraktion der Grünen in einem Antrag von der Landesregierung die Zustimmung zum Förderplan der Bundesregierung im Bundesrat eingefordert und die Umstellung der landeseigenen Fahrzeugflotte auf Filtertechnik verlangt. Wie sich aus einer Antwort der Landesregierung auf eine frühere Initiative der Grünen im Landtag ergibt, hinterlassen Dienstfahrzeuge im Land schwarze Spuren – Rußfilter unbekannt. Schließlich verlangen die Grünen von der Landesregierung erneut die rasche Erstellung von Luftreinhalteplänen und die Einführung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge ohne Rußfilter ab dem ersten Januar 2006. Palmer: „Wir sollten den Ehrgeiz haben, unsere Städte als erste rußfrei zu bekommen.“